

Auf ein Wort

Subventionsbetrug, Steuerbetrug, Arbeitsplatzvernichtung, Zumwinkel, Nokia, BMW, Siemens, Folkert, das waren die Schlagzeilen in den letzten Wochen. Ich muss an dieser Stelle die o.g. Begrifflichkeiten und Namen nicht weiter zuordnen und kommentieren.

Was wir hier in den letzten Wochen gehört und gelesen haben, ist nicht dazu geeignet, der Wahlverdrossenheit unserer Bürger entgegenzuwirken. Wir erwarten, dass Politiker hier gegensteuern und zum Wohle der Allgemeinheit solche Vorgänge unterbinden.

Soweit diese Machenschaften im betrieblichen Bereich angesiedelt sind, ist es Aufgabe von Betriebs- und Personalräten hier ihrer Kontrollfunktion nachzukommen und solche unsozialen Praktiken wie z.B. bei Nokia zu unterbinden. Das gilt auch bezogen auf die Bestechlichkeit eines Herrn Folkerts.

Damit dies aber möglich ist, muss die Mitbestimmung von Betriebs- und Personalräten gesteigert werden, müssen deren Rechte ausgeweitet werden.

Eine Landesregierung wie die in Nordrhein-Westfalen, die sich an die Spitze derer stellt, die die Mitbestimmung schleifen und neoliberalistischen Prinzipien opfern will, macht sich letztlich mitverantwortlich, wenn plötzlich Firmen wie Nokia, BMW oder Siemens ihr Bündel schnüren, um in einem andern EG-Land erneut Subventionen abzusahnen. Hier wird ganz deutlich, wohin diese arbeitnehmerfeindliche Politik führt. Wer unser Wirtschaftssystem und unsere Demokratie stärken will, der muss die betriebliche Mitbestimmung stärken.

Karl-Heinz Mrosek

Neue Personalratsstruktur im Bereich Grund- und Hauptschule

Im Juni wird zum ersten Mal ein **Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen** gewählt, und zwar auf allen drei Ebenen: beim Schulamt, bei der Bezirksregierung und beim Schulministerium.

Einen neuen Personalrat gibt es auch im Hauptschulbereich. Es wird erstmalig ein **Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Hauptschulen** gewählt, jedoch nur noch auf zwei Ebenen. Ein Personalrat Hauptschule beim Schulamt ist nicht vorgesehen. Ein Personalrat Hauptschule bei der Bezirksregierung und ein Personalrat Hauptschule beim Schulministerium werden eingerichtet.

Im Förderschulbereich fällt auch die örtliche Personalvertretung weg und es gibt nur noch einen Personalrat auf der Bezirksebene und der Ministerialebene. Hier ändert sich die Stufigkeit der Personalvertretung, nicht die Zuständigkeit für eine bestimmte Schulform.

Die Zusammenarbeit in einem Personalrat Grund- und Hauptschule war in den letzten Jahren in Gelsenkirchen sehr erfolgreich. Seit 1981, als die GEW die Mehrheit errungen hat, konnten wir für unsere Kolleginnen und Kollegen in Grund- und Hauptschulen ein Betreuungsangebot anbieten, das man so schnell in anderen Schulämtern nicht findet.

- Wir haben sehr engen Kontakt zu unserem Primarstufenseminar gehalten. Dort wurde jährlich das Bewerbungsverfahren vorgestellt und in den letzten Jahren auch ein Bewerbertraining durchgeführt.
- Für junge Kolleginnen und Kolleginnen mit Kindern haben wir jährlich eine Informationsveranstaltung durchgeführt und Informationsmaterial erstellt.
- Jährlich wurde eine Veranstaltung für angehende Ruheständler durchgeführt.
- Und nicht zuletzt haben wir jedes Jahr eine Feier zur Ehrung von Jubilaren und Pensionären durchgeführt

Ich gehe davon aus, dass der neu gewählte örtliche Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen in dieser Tradition weiterarbeiten wird. Vielleicht wird es auch gelingen, seine Veranstaltungen für Interessenten aus dem Hauptschulbereich und auch aus dem Förderschulbereich zu öffnen.

Ohne die Änderung des Personalvertretungsgesetzes hätte ich dieses Mal zum letzten Mal als Personalratsvorsitzender in Gelsenkirchen kandidiert. Dies ist nun aufgrund der geänderten Gesetzeslage nicht mehr möglich, da ich als Hauptschullehrer vor Ort nicht mehr kandidieren darf. Ich bin aber sehr froh, dass wir als GEW in Gelsenkirchen einen guten Nachfolger anbieten können:

Lothar Jacksteit.

Lothar arbeitet bereits als erster stellvertretender Vorsitzender im örtlichen Personalrat. Er nimmt regelmäßig an unseren Sprechstunden teil und hat sich hervorragend in die Personalratsarbeit eingearbeitet. Auch in Zukunft werde ich mit ihm sehr eng zusammenarbeiten. Auf der einen Seite in unserem GEW-Stadtverband, den wir beide gemeinsam leiten, auf der anderen Seite werde ich aber auch nach wie vor Mitglied der Schwerbehindertenvertretung für Lehrerinnen und Lehrer **an Grund- und Hauptschulen** bleiben und so auch an den Personalratssitzungen des Grundschulpersonalrates teilnehmen. Ich werde also noch einige Jahre mit dem örtlichen Personalrat sehr eng zusammenarbeiten dürfen.

Seit 1978 war ich immer in zwei Personalräten vertreten, im örtlichen Personalrat und im Bezirkspersonalrat. Ab Sommer werde ich als Personalratsmitglied nur noch in einem Personalrat vertreten sein, nämlich im Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Hauptschulen bei der Bezirksregierung in Münster. Nach wie vor werde ich also meine Hauptschulkolleginnen und -kollegen aus Gelsenkirchen weiterhin beraten, unterstützen und betreuen können.

An welchen Orten diese Beratung geschieht, wird abzuwarten sein. Ich werde wieder vermehrt Unterricht machen müssen und kann mir vorstellen, dass ich in wichtigen Fällen vor meinem Unterricht um 7.00 Uhr bereits eine Frühberatung durchführen kann. Ich werde auch wöchentlich in der GEW-Geschäftsstelle in der Essener Straße meinen Rat anbieten und falls der Personalrat Grundschule einverstanden ist, werde ich weiterhin als Schwerbehindertenvertreter in den Räumen des Personalrates an Sprechstunden teilnehmen. Als Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer in Gelsenkirchen bitte ich Sie um Ihre Stimme für Lothar Jacksteit. Unterstützen Sie ihn bei seiner Kandidatur für den örtlichen Personalrat und den Bezirkspersonalrat in Münster.

Alle Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer bitte ich um Unterstützung meiner Kandidatur für den Bezirkspersonalrat Hauptschule in Münster.

GEW und Personalrat, je besser diese zusammenarbeiten, desto besser sind Sie vertreten.

Karl-Heinz Mrosek

*Wählen Sie
in Ihrem Interesse die Kandidaten
der GEW*



Personalrat und Grundschulseminar - eine Erfolgsgeschichte

Seit Jahren hat sich der örtliche Personalrat für Grund- und Hauptschulen auf Initiative seiner GEW-Mehrheit für die Belange der jungen Kollegen und Kolleginnen am Grundschulseminar Gelsenkirchen aktiv eingesetzt.

- Das Personalratsmitglied Uwe Lorenz stand als Seminaarausbilder stets vor Ort als Ansprechpartner bei den vielfältigen Fragen zur Ausbildung und zum Berufseinstieg zur Verfügung. Vieles konnte so bereits im Vorfeld zur Zufriedenheit aller Seiten geklärt werden.
- Durch diesen steten Kontakt zu den Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärttern konnten deren Interessen auch als Anträge in die Personalversammlung eingebracht und so überzeugend vertreten werden, dass sie stets eine Mehrheit fanden.
- In gemeinsamen Veranstaltungen mit dem Grundschulseminar waren unsere Personalratsmitglieder die kompetenten Partner, wenn es darum ging, über Einstellungschancen, Einstellungsmodalitäten und weitere Beschäftigungsmöglichkeiten zu informieren.
- In unserem Angebot zu wirklichkeitsnahen Trainingssituationen konnten Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtter sich in Einstellungsgespräche einüben. Unsere guten Kontakte zu örtlichen Schulleitern haben dabei zum Erfolg der Veranstaltung beigetragen.
- Und wenn es mit der Prüfung beim ersten Anlauf nicht geklappt hat – durch unsere Beratung ist es in den meisten Fällen gelungen, die drohenden Gehaltskürzungen abzuwenden oder wenigstens zu mindern.

Diese Erfolgsgeschichte muss weitergehen!

Bei der nun anstehenden Wahl der neuen Grundschulpersonalräte sind darum alle Gelsenkirchener Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtter aufgerufen, für eine profilierte und für ihre Interessen engagierte Personalvertretung zu stimmen. Bei der GEW – Liste 1 kandidieren erneut der Fachleiter Uwe Lorenz und als weiterer Seminarvertreter der Hauptseminarleiter Ingo Langenhagen. Eine hohe Zustimmung für die GEW-Liste dürfte beide Kandidaten in den Stand setzen, die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Grundschulseminar und Personalrat im Sinne unserer jungen Kolleginnen und Kollegen fortzuführen.

Darum bei der Wahl: GEW - *Liste 1*

Wen denn sonst?

Vorgezogener Einstellungstermin 'Schuljahr 2008/09'

Was lange währt, ...!

Seit Jahren hatte die GEW gefordert, dass der jeweilige Einstellungstermin zum Schuljahresbeginn vorgezogen wird.

Nun heißt es in einem Schreiben des MSW an die Bezirksregierungen:

Der Einstellungstermin zum Schuljahr 2008/09 wird vom 11. August 2008 auf den 6.8.2008 vorverlegt. Den neuen Lehrkräften soll damit Gelegenheit gegeben werden, sich vor Beginn des Unterrichts mit den Gegebenheiten der Schule umfassend vertraut zu machen und an den vorbereitenden Konferenzen offiziell als Lehrkraft teilzunehmen. Um dies zu erreichen, bitte ich, den neu eingestellten Lehrkräften mit dem Einstellungsbescheid mitzuteilen, dass deren Anwesenheit in der Schule in dieser letzten Woche vor Unterrichtsbeginn erforderlich ist. Damit werden die neu eingestellten Lehrkräfte in die Lage versetzt, schon zum Beginn des Schuljahres erfolgreichen Unterricht zu leisten.

Damit wird eine langjährige Forderung der GEW endlich erfüllt.

„Qualitätsoffensive Hauptschule“

Seit Jahren hat es der örtliche Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Hauptschulen in Gelsenkirchen sich nicht nehmen lassen, auf jeder Personalversammlung eine bildungspolitische Resolution zu verabschieden, die sich mit der besonderen Situation der Hauptschule bei uns im Emscherraum beschäftigt hat.

- Sonderkonditionen für Hauptschulen
- Sonderkonditionen für Hauptschulen in Städten wie Gelsenkirchen

Das sind die Forderungen, die wir alljährlich auf den Weg in Richtung unseres Ministeriums und in die Richtung unserer Landtagsfraktionen gebracht haben.

In unserer Region war es nicht schwer, Unterstützung für diese Forderungen zu finden. Politiker aller Parteien stimmten uns zu, jedoch nur die aus dem Ruhrgebiet. In ihren Fraktionen im Landtag waren sie alle kleine Minderheiten.

Der Erfolg unserer Resolutionen? Es hat sich nichts geändert. Außer, es ist schlimmer geworden. Verbessert wurde nichts.

Hoffnung keimte auf, als die Landesregierung nach ihrer Wahl den Begriff des **Sozialindex** prägte und Gelsenkirchen einen „Spitzenplatz“ erhielt. Unsere Hauptschulen erhielten auch einige Stellen, aber die reichten nicht einmal aus, um langfristige Erkrankungen auszugleichen. Nach wie vor haben wir in Gelsenkirchen Klassen und Lerngruppen von mehr als 30 Schülern.

Und nun kommt ein neuer Kampfbegriff: „**Qualitätsoffensive Hauptschule**“. Schaut man genau hin, stellt man fest, dass es letztlich nicht darum geht, die Lernbedingungen und Arbeitsbedingungen an Hauptschulen im Ballungsraum zu verbessern. Ziel dieser Offensive ist es, die letzte Hauptschule in einer Landgemeinde zu retten. Sie darf einzülig geführt werden und bekommt soviel Lehrer, dass sie sinnvoll arbeiten kann. Im Ballungsraum werden stattdessen kleine, gut funktionierende Hauptschulen, geschlossen. Die Schüler gehen in größere Systeme, so dass wieder sehr rationell größere Klassen gebildet werden können.

Qualitätsoffensive Hauptschule bedeutet, eine Offensive zur Rettung der letzten Hauptschule auf dem Lande auf Kosten der Schulen in unserer Stadt. Es ist unfassbar, dass die Politik dies nicht sieht.

Wenn man die Qualität einer Schulform verbessern will, dann muss man dort anfangen, wo die Qualität am meisten gefährdet ist.

Karl-Heinz Mrosek

Ihre Kandidatin für den Bezirkspersonalrat Realschule

Gisela Barthelmes

Lehrerin im Angestelltenverhältnis

Realschule an der St.-Michael-Straße

Gelsenkirchen

Beratung für alle Tarifbeschäftigten

Für alle angestellten Lehrerinnen und Lehrer tauchen immer wieder Fragen auf, die sich auf Unterschiede zu den Arbeitsbedingungen von Beamtinnen und Beamten beziehen. Als Beispiele sind zu nennen:

- Arbeitsvertrag
- Probezeit
- Mehrarbeitsvergütung

- Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- Zusatzversorgung
- Altersteilzeit
- Höhergruppierung
- Bezahlung der Sommerferien (befristet Beschäftigte)
- Beihilfe
- Klassenfahrten.

In allen diesen Fällen stehen die GEW-Personalräte für Einzelberatungen zur Verfügung.

Schlechte Noten für Schulleiterin

Qualitätsbericht zeigt große Probleme an Förderschule für Erziehungshilfe auf

Üblicherweise werden in Schulen Noten vergeben. Derzeit werden aber im gesamten Regierungsbezirk Arnsberg auch für die Schulen Zeugnisse geschrieben, zumindest im übertragenen Sinn. Das liegt am Schulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen: Im Juni 2006 wurde die „Qualitätsanalyse NRW“ eingeführt, um den Qualitätsstand der Schulen im Land einerseits zu prüfen, andererseits zu analysieren und gegebenenfalls zu verbessern. „Qualitätsteams“ sind im ganzen Land unterwegs und untersuchen eine Schule nach der anderen. Die ausführlichen Qualitätsberichte werden den Schulträgern vorgelegt und dienen diesen als Handreichung für Verbesserungsmaßnahmen.

Als der Kreis Olpe den Qualitätsbericht für die kreiseigene Geschwister-Scholl-Schule in Schönau, eine Förderschule für Erziehungshilfe, erhielt, wurde hektische Betriebsamkeit in der Kreisverwaltung ausgelöst. Denn während auf der einen Seite die Schule in Sachen „Lernen und Lehren“, „Schulkultur“, „Professionalität der Lehrkräfte“ und „Ziele und Strategien der Qualitätsentwicklung“ zumindest zufriedenstellende Noten erhielt, der Zustand des Gebäudes sogar besonders lobende Worte erntet, prangt unter dem Punkt „Führung und Schulmanagement“ beim Stichwort „Führungsverantwortung der Schulleitung“ das Benotungskreuz unter der schlechtesten Note.

Anders als bei Schülern werden im Qualitätsbericht Noten von 4 bis 1 vergeben, wobei eine 4 für „vorbildlich“ und eine 1 für „erheblich entwicklungsbedürftig“ steht. Im ausführlichen Textteil des Qualitätsberichts, der zur internen Verwendung bei Schule und Schulträger gedacht ist, in seiner vorläufigen Form aber der SZ vorliegt, geht es „zur Sache“. Fettgedruckt wird der Abschnitt „Mögliche Entwicklungspotenziale und Handlungsfelder“ eingeleitet mit dem Hinweis: „Die im Folgenden genannten Handlungsfelder nehmen ... sehr viel Raum ein und bedürfen der Beachtung.“ Im Einzelnen heißt es: „Das Qualitätsteam kommt ... einstimmig zu dem Ergebnis: Die Schulleiterin nimmt ihre Führungsverantwortung unzureichend wahr.“ Landesvorgaben und –ziele würden nicht umgesetzt, zielführendes, qualitätsorientiertes Handeln sei nicht erkennbar, systematische Personalführung und –entwicklung werde nicht organisiert und systematisch praktiziert, „die Schulleiterin hat für keinen tragfähigen Konsens bezüglich zentraler pädagogischer Werte und Ziele gesorgt.“

Eine Beteiligung der zuständigen Gremien bei Festsetzung, Verteilung und Verwendung personeller und finanzieller Ressourcen sowie ein Controllingssystem finde an der Schule nicht statt, weil es seit Jahren keine Schulkonferenz gebe. In Verbindung mit zahlreichen weiteren Mängeln kommt das Qualitätsteam zum Fazit: „Wegen gravierender Mängel legt das Qualitätsteam fest, dass eine Nachanalyse erfolgt.“

Bei der Betrachtung des Zimmers der Schulleiterin führt der Bericht aus, der Raum sei „geräumig und großzügig ausgestattet. Es gibt eine Sitzecke für Gespräche und einen mit Computer mit Internetanschluss und Telefon ausgestatteten Arbeitsplatz. Die Gestaltung des Dienstzimmers ist außergewöhnlich, es entspricht nicht unserem Verständnis von Neutralität.“ Im Gegenzug jedoch verfüge der Konrektor lediglich über eine kleine Arbeitsecke im Multifunktionsraum, der ansonsten auch als Sanitäts-, Test-, Gesprächs- und Filmraum dient. Dort steht ein Schreibtisch mit PC ohne Internetanschluss und ohne Telefon. An der Tür weist kein Schild auf den Arbeitsplatz des Konrektors hin. Laut Qualitätsbericht hat die zuständige Mitarbeiterin der Kreisverwaltung dies beim Rundgang mit der Äußerung: „Das ist kein Zustand! Ich bin schockiert“ quittiert.

Während sich Lehrkräfte und Schulleiterin, Sekretärin, Hausmeister, Sozialarbeiter und sonstige Kräfte dem Qualitätsbericht zufolge an der Schule wohlfühlen, äußert der Konrektor erhebliche Unzufriedenheit.

Eine im Schulgesetz schlicht und einfach zwingend vorgeschriebene Kooperation zwischen Schulleiterin und Konrektor findet dem Qualitätsbericht zufolge nicht statt. Die Schulleiterin sehe nicht die Notwendigkeit, mit dem Konrektor außerhalb der Dienstbesprechungen und Konferenzen Gespräche zu führen, ja sie lehne solche Gespräche sogar strikt ab. Der Konrektor werde nicht in die Leitung der Schule einbezogen, fest verankerte Gesprächstermine gebe es nicht, obwohl die Schulaufsicht diese angeordnet habe.

Angesichts der offensichtlichen Kommunikationsprobleme zwischen Schulleiterin und Stellvertreter hätten sich die Lehrkräfte entschieden, die Schulleiterin als alleinige Ansprechpartnerin in Leitungsfragen auszuwählen: Der Konrektor werde lediglich als Kollege, nicht als Mitglied der Schulleitung akzeptiert. Im Interview mit dem Qualitätsteam habe die Schulleiterin dazu erklärt: „Das ist hier so und das bleibt auch so. Ich diskutierte dies mit niemandem!“

Ob sie dies beibehalten kann, ist indes fraglich. Nicht nur der Qualitätsbericht steht im Raum, auch eine Dienstaufsichtsbeschwerde mit schweren Vorwürfen beschäftigt die Bezirksregierung. Derzeit wird in Arnsberg über mögliche Konsequenzen beraten. Landrat Frank Beckehoff als Chef des Schulträgers erklärte auf Anfrage der SZ, er könne sich zu diesem laufenden Verfahren nicht äußern. Dem Förderschulausschuss des Kreises soll nach SZ-Informationen im Rahmen der nächsten Sitzung, die für Februar terminiert ist, Ausführliches berichtet werden.

win Schönau/Olpe

Kommentar

zu „Schlechte Noten für Schulleiterin“:

Angesichts des Artikels aus der Siegener Zeitung vom 17. Jan. 2008 kann ich es mir nicht verkneifen, noch einmal auf die Äußerung von Frau Minister Sommer im WAZ-Interview am 06.10.06 hinzuweisen. Angesprochen auf die geplanten Schulinspektionen hatte sie damals geäußert:

„Ich denke, dass Schule nicht ohne Beratung und Analyse auskommt. Wir schicken jetzt Qualitätsprüfer in die Schulen. Ohne Druck auszuüben, werden schlechte Entwicklungen so aufgedeckt.“ (...) „Lehrer mit Defiziten werden im Kollegium identifiziert und isoliert.“ (...) „Es gibt mehr Wettbewerb.“ (...) „Bislang konnte man so vor sich hin dümpeln.“

In diesem Fall wird der Druck durch die Presse und durch die Öffentlichkeit ausgeübt. Dabei möchte ich die Situation an dieser Schule als Außenstehender nicht schönreden.

Möglich, dass es dort gravierende Mängel gibt. Es stellt sich jedoch die Frage: „Warum die Schulaufsicht dort seit Jahren diese Mängel nicht aufgedeckt und abgestellt hat.“

Nein, Frau Sommer, so geht es wirklich nicht. Wie hier mit Lehrkräften umgegangen wird, das ist völlig indiskutabel. Da gibt's andere Möglichkeiten.

Karl-Heinz Mrosek

Ohrfeige für die Landesregierung

Die Besoldung der Beamtinnen und Beamten in Nordrhein-Westfalen entspricht nach Auffassung des Verwaltungsgerichts Arnsberg seit 2003 nicht mehr den verfassungsrechtlichen Vorgaben. Durch das Sonderzahlungsgesetz NRW vom November 2003 seien die Beamtinnen und Beamten unzulässig von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt worden.

„Das ist eine gewaltige Ohrfeige für die Landesregierung“, kommentierte der DGB-Bezirksvorsitzende Guntram Schneider die Entscheidung des Gerichts. Der DGB hatte die Landesregierung mehrfach aufgefordert, die Beamtenbesoldung verfassungsgemäß zu gestalten und sich im Dezember letzten Jahres vehement dagegen ausgesprochen, dass die nächste Erhöhung erst zum 01. Juli 2008 vorgenommen wird.

Das Verwaltungsgericht Arnberg hat die Klagen dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt.

Quelle: DGB Beamten-Magazin

Verkürztes Gymnasium, G 8

G 8 als pädagogischer Mastbetrieb – Kinder als Stopfgänse

Wir zitieren halb belustigt und halb entsetzt aus der Süddeutschen Zeitung: „Das Stopfen von Gänsen ist in Deutschland verboten, weil es eine Quälerei ist. Es fügt den Tieren Prellungen zu, sie erleiden Knochenbrüche, Entzündungen und Organstörungen. Die Stopfleber ist das Produkt einer Pein. Genauso kann es Kindern ergehen, denen in großer Eile viel Stoff in die „Köpfe gestopft wird. Auch wenn die Schule Anstrengungen verlangen muss: Ziel der Schule ist nicht der Stopfkopf. Der Weg zum Abitur darf nicht als Tortur erlebt werden. (...) Im pädagogischen Mastbetrieb, wie es das verkürzte Gymnasium G 8 ist, kann dies nur schwer gelingen.“

G 8: Bewährungsdruck – Ausweichbewegungen – Gesundheitsprobleme

Auch Klaus Hurrelmann reiht sich in die Reihe der Kritiker ein. Zitat: „So sehr ich grundsätzlich die Umstellung befürworte, weil wir damit Deutschland in die international üblichen Strukturen eingliedern, so sehr habe ich mich darüber geärgert, wie sie in der Realität umgesetzt worden ist, nämlich im Prinzip nur durch eine Verdichtung des bestehenden Stoffes. Vor allem wurde die Chance nicht wahrgenommen, auf moderne Formen der Lehrplangestaltung umzustellen, bei dem nicht mehr jedes Detail festgelegt wird. Große Teile der Schülerschaft – wahrscheinlich größere als zuvor – geraten durch diese schulischen Anforderungen unter einen Bewährungsdruck. Hier kommt es dann zu Ausweichbewegungen, die Gesundheitsprobleme mit sich bringen können.“

G 8: Hände weg von unserer Kindheit

Kritik an G 8 von allen Seiten. Hier dokumentieren wir die Feuilleton-Variante der Zeitung hinter der der bekannte „Kluge Kopf“ steckt. „Nicht die Schulzeitverkürzung als solche ist das Problem, auch nicht der Typus der Ganztagschule, auf den G 8 hinausläuft. Das Problem ist die dilettantisch eingeführte Turboschule, wie sie hierzulande existiert, in der schon die Anfangsklassen mit Stoff überfrachtet werden. G 8 ist ein Thema, das den gesamten Erziehungsbetrieb auf Trab hält. (...) So darf es nicht verwundern, wenn wir nach den ersten frustrierenden Experimentierjahren, die wir mit dieser hektisch und schlampig ins Werk gesetzten Schulreform hinter uns haben, nun eine große G-8-Debatte bekommen sollten. Es ist jedenfalls ein gutes Zeichen, wenn jetzt auch Prominente wie der Moderator Reinhold Beckmann in persönlichen, aus eigener Elternanschauung gewonnenen Stellungnahme auf die Probleme mit G 8 aufmerksam machen und sich als Schrittmacher der Debatte betätigen. So werden Politiker wie Roland Koch im Detail erfahren, was ein Thema ist, das die Menschen bewegt.“

G 8: Wie die Schule unsere Kinder krank macht

Kritik an G 8 von allen Seiten. Hier dokumentieren wir die Boulevard-Variante der Zeitung mit den „Großen Buchstaben“. Zitat: „Problem ist das auf 12 Jahre verkürzte Abi – eigentlich ein sinnvoller Schritt, damit junge Menschen schneller ins Berufsleben kommen. Aber: Das Abi nach der 12. Klasse wurde in den Bundesländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingeführt. Und: Die Umsetzung treibt Schüler und Eltern in den Wahnsinn. Grund: Die Zahl der Pflichtstunden bleibt unverändert. Was vorher in 9 Jahren gelernt wurde, wird jetzt in 8 gepresst. Doch der Stress trifft nicht nur die Schüler an Gymnasien. Realschüler, die später noch aufs Gymnasium wollen, haben kaum noch Chancen, den Stoff nachzuholen. An den Ganztagschulen gibt es zwar mehr Möglichkeiten, die vielen Unterrichtsstunden durch Pausen und Sport zu unterbrechen – aber der Pflichtstoff ist derselbe. Experten warnen: Wenn unsere Kinder weiter so mit diesem Stress allein gelassen werden, droht eine Fülle psychischer Krankheiten.“

red.

Didaktisch-methodische Fortbildung Englisch für LAA

Bisher war es so, dass im Rahmen der Seminararbeit die didaktisch-methodische Fortbildung für Englisch in der Grundschule angeboten wurde. Diese Fortbildung ist neben dem C 1 - Schein Voraussetzung dafür, dass Kolleginnen und Kollegen Englisch in der Grundschule überhaupt unterrichten dürfen. Viele Stellen werden schulscharf ausgeschrieben mit dem Fach Englisch. Die LAA können sich dann nicht auf diese Stellen bewerben, wenn sie die didaktisch-methodische Fortbildung nicht gemacht haben oder gar nicht machen konnten, weil sie nicht angeboten wird.

Antrag:

Der Personalrat möge sich dafür einsetzen, dass umgehend eine Möglichkeit geschaffen wird, dass LAA die didaktisch-methodische Fortbildung angeboten wird. Dies ist besonders wichtig im Hinblick auf die Einführung des Faches Englisch für Klasse 1 (Februar 2009).

Gisela Fries-Oehlschlägel

Kandidatin für den Vorsitz im HPR Grundschule

Rixa Borns
Grundschulrektorin in Münster
z.Zt. stellvertretende Vorsitzende im
HPR Grund- und Hauptschulen

Bezahlung der Mehrarbeit von Teilzeitbeschäftigten Europäischer Gerichtshof fällt Urteil

Was für Teilzeitangestellte von der GEW bereits 1999 erstritten wurde, ist auch ein Recht für Teilzeitbeamtinnen: Die Bezahlung für Mehrarbeit **ab der ersten Stunde mit anteiligem Gehalt**. So jedenfalls hat es der Europäische Gerichtshof jetzt in einem Urteil beschlossen. Mit Rechtsschutz der GEW hatte eine Lehrerin dagegen geklagt, dass erst ab der 4. Überstunde mit der geringeren Mehrarbeitsvergütung bezahlt wird.

Nachteile für Teilzeitbeschäftigte aufheben!

Die Mehrarbeitsvergütung verstößt gegen den europäischen Grundsatz der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern. Das entschied die erste Kammer des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) am 6. Dezember 2007 (Az. EuGH C-300/06). Das Bundesverwaltungsgericht muss nun prüfen, ob diese Ungleichbehandlung erheblich mehr Frauen als Männer betrifft und ob es für die Ungleichbehandlung eine sachliche Rechtfertigung gibt.

Bekannt ist: Etwa 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten im Beamtenverhältnis sind Frauen. Sachliche Gründe dafür, sie schlechter zu bezahlen, sind nicht erkennbar. Deshalb lohnt es sich, die **anteilige Bezahlung** durch Antrag zu wahren.

Erfolg für den Rechtsschutz der GEW

Die Entscheidung ist ein deutlicher Erfolg für den GEWerschaftlichen Rechtsschutz. Sie schiebt der Praxis einen Riegel vor, für Mehrarbeit eine geringere Bezahlung mit der „Mehrarbeitsvergütung“ erst ab der 4. Überstunde vorzunehmen.

Es reicht! Die GEW fordert eine rasche Umsetzung der Gerichtsentscheidung!

Seit 2003 fällen die verschiedensten Gerichte entsprechende positive Urteile für Beamtinnen und Beamte. Aber das Land NRW hat sich immer noch nicht durchgerungen, nationale und internationale Rechtsprechung anzuwenden.

Was ist zu tun?

Wenn Sie als Teilzeitkraft Mehrarbeit geleistet haben, reichen Sie konsequent die Abrechnung ein und machen **Ihre Rechte auf die Erstattung der anteiligen Bezahlung geltend.**

Wie?

Wenden Sie sich an unsere GEW-Personalräte und fragen nach dem Musterantrag. Die GEW hat erreicht, dass Sie nicht selbst vor Gericht ziehen müssen, sondern Ihr Antrag „ruhend gestellt“ wird und nach der Übernahme in deutsches Recht umgesetzt wird. Sie vermeiden also hier die Belastung, selbst klagen zu müssen. Näheres auch auf der Seite www.hauptschul-personalraete.de.vu

Nicht vergessen:

Mehrarbeit darf nur in Ausnahmesituationen angeordnet werden. Beschließen Sie in der Lehrerkonferenz Vertretungskonzepte, die Mehrarbeit vermeiden!

Gisela Barthelmes

Das Rechtsinstrument der Altersteilzeit in NRW verlängern - Junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen.

Die Personalversammlung für Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Hauptschulen in Gelsenkirchen fordert die Landesregierung dringend auf, die Möglichkeit der Altersteilzeit über das Jahr 2009 hinaus zu verlängern. Wir fordern dieses sowohl für die beamteten als auch für die tarifbeschäftigten Lehrkräfte. Die Altersteilzeit hat sich im Schulbereich bewährt. Das Durchschnittsalter bei Zuruhesetzungen ist auch durch Inanspruchnahme dieses Rechtsinstrumentes in den letzten Jahren von 58 auf über 61 Jahre angestiegen.

Die Altersteilzeit verschafft jüngeren Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, auf freigemachten Stellen beschäftigt zu werden.

Diese jüngeren Kolleginnen und Kollegen werden in den Schulen angesichts des steigenden Durchschnittsalters der Lehrerschaft dringend benötigt.

Geben sie diesen jungen Kolleginnen und Kollegen eine Einstellungsperspektive und geben Sie den Lehrkräften, die nach 1949 geboren sind, die Möglichkeit, schrittweise aus dem Beruf in den Ruhestand zu treten.

GEW-Erfolge für Angestellte

1998 bin ich Mitglied der GEW geworden, um eine starke Gewerkschaft im Rücken zu haben. Mir persönlich hat die GEW bei manchen rechtlichen Problemen erfolgreich zur Seite gestanden. In meiner Zeit als Angestellter bin ich von Mai 2001 bis Dezember 2005 Mitglied im Landesangestelltenausschuss der GEW gewesen. Nach wie vor verfolge ich die Anliegen aller angestellten Kolleginnen und Kollegen sehr engagiert. Deshalb möchte ich hier exemplarisch einige Erfolge der Gewerkschaft für Angestellte darstellen:

Klassenfahrten – volle Vergütung für teilzeitbeschäftigte Angestellte

Nachdem das BAG für das Land Schleswig-Holstein mit Urteil vom 22.08.2001 – 5 AZR 108/00 – entschieden hat, dass teilzeitbeschäftigte Angestellte bei Klassenfahrten einen vollen Vergütungsanspruch haben, konnte die GEW-NRW die Musterprozesse vor den Arbeitsgerichten in NRW gewinnen (vgl. nds 11/2004 S. 30). Mit Urteil vom 25.05.2005 – 5 AZR 566/4 – hat das BAG dem Zahlungsantrag stattgegeben.

Hingegen haben die Verwaltungsgerichte Köln mit Urteil vom 10.11.2004 – 3 K 8697/03 – und Minden mit Urteil vom 25.08.2004 – 4 K 5789/03 – entsprechende Klagen für den Beamtenbereich abgewiesen.
Musterantrag: www.gew-nrw.de
(Recht und Gesetz/Angestelltenrecht)

Klassenfahrten – voller Reisekostenanspruch

Aufgrund des mit dem Rechtsschutz der GEW-Sachsen herbeigeführten Urteils des Bundesarbeitsgerichtes vom 11.09.2003 – 6 AZR 323/02 – erhalten angestellte LehrerInnen die vollen Reisekosten, selbst, wenn sie eine Verzichtserklärung abgegeben haben, da die Verzichtserklärung wegen zwingenden Tarifrechts nicht wirksam ist (vgl. E & W 11/2003 S.35). Daraufhin ist in NRW das Landesreisekostengesetz dahingehend ergänzt worden, dass Dienstreisende vor Antritt einer Dienstreise oder eines Dienstganges schriftlich erklären können, dass sie keinen Antrag auf Reisekostenvergütung stellen und dass diese Erklärung unwiderruflich ist (§ 3 Abs. 6 S. 3 LRRKG). Eine generelle Verpflichtung, Schulfahrten unter Verzicht auf Reisekostenvergütung durchzuführen entsteht dadurch auch weiterhin nicht. So ist unter Ziffer 6.3 der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum LRRKG ausdrücklich geregelt: „Der Verzicht auf Reisekosten ist freiwillig. Den Dienstreisenden dürfen keine Nachteile entstehen, wenn sie von der Möglichkeit des Verzichts keinen Gebrauch machen.“

Mehrarbeit von teilzeitbeschäftigten Angestellten

Bereits 1999 konnte die GEW-NRW das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) vom 21.04.1999 – 5 AZR 200/98 – erreichen, wonach teilzeitbeschäftigte LehrerInnen für die Unterrichtsstunden, die sie über die vertraglich vereinbarte Stundenzahl hinaus erbringen, Anspruch auf anteilige Vergütung (von der 1. Stunde Mehrarbeit an) nach BAT haben.

Höhergruppierung sog. Erfüller (Lehrbefähigung Gymnasien, berufsbildende Schulen oder Sekundarstufe II)

Mit Urteil des ArbG Köln vom 05.03.2004 – 2 Ca 8336/03 – konnte die Höhergruppierung von BAT IIA nach BAT Ib nach 15-jähriger Bewährungszeit durchgesetzt werden, ohne dass eine entsprechende Beförderungsplanstelle vorhanden sein musste. Nach den Erlassen des Schulministeriums vom 25.08.1992 und 01.02.1993 können sog. Erfüller nach mindestens 15-jähriger Bewährungszeit auch ohne Beförderungsplanstelle nach BAT Ib höhergruppiert werden, wenn die Einstellung bis zum 22.06.1992 erfolgt ist (vgl. nds 7/2004 S.31). Mit Schreiben vom 28.01.2005 (Az: 213-1.19.18-416) bestätigt das Ministerium der GEW-NRW, dass es zutreffend ist, dass damit die sog. „Erfüller“, nach dem Runderlass des KM vom 16.11.1981 gemeint sind, welche bis zum 22.06.1992 eingestellt wurden.
Musterantrag und Erlasse: www.gew-nrw.de
(Recht und Gesetz/Angestelltenrecht/Vergütung).

Des Weiteren setzt sich die GEW derzeit mit den anderen DGB-Gewerkschaften für ein neues Altersteilzeitgesetz ein. Die staatlich geförderte Altersteilzeit läuft Ende 2009 aus. Sollte keine neue Regelung gefunden werden, wird es Anträge auf Altersteilzeit nach 2009 nicht mehr geben.

Die GEW fordert:

Es muss weiterhin die flexible Übergangsphase in den Ruhestand erhalten bleiben. Gerade im Lehrberuf hat es zu einer deutlichen Verlängerung der Lebens-/Arbeitszeit geführt.

In der Tarifpolitik fordert die GEW mit ihren Partner-Gewerkschaften 8 % für alle Beschäftigten der Tarifgebiete Ost und West. Die Verhandlungen über das neue Eingruppierungsrecht müssen dabei fortgesetzt und abgeschlossen werden. Weitere Verhandlungen im Tarifvertrag Land stehen bereits im nächsten Jahr (2009) an. Wir werden zu gegebener Zeit weiter informieren.

Lothar Jacksteit
Leitungsteam GEW-Stadtverband Gelsenkirchen

Bewegliche Ferientage im Schuljahr 2008/2009

Wie jedes Jahr hat der Personalrat für LehrerInnen an Grund- und Hauptschulen für das kommende Schuljahr einen Vorschlag gemacht.

Gemäß Erlass des KM vom 26.06.2003 (BASS 12-65, Nr. 1) stehen den Schulen im Schuljahr 2008/ 2009 vier „Bewegliche Ferientage“ zur Verfügung.

Jedoch ist mindestens einer der „Beweglichen Ferientage“ als Brauchtumstag festzulegen. Die Stadt Gelsenkirchen sieht hierfür den Rosenmontag vor.

Wie in den vergangenen Jahren, will der Personalrat auch in diesem Jahr einen Vorschlag für die Festsetzung der Ferientage machen, damit in Gelsenkirchen eine größtmögliche Übereinstimmung erzielt werden kann. Dabei haben wir uns auf Bitte des Schulverwaltungsamtes in diesem Jahr wieder mit dem Sprecher der Gymnasien in Gelsenkirchen abgestimmt. Es ist davon auszugehen, dass sich auch das Referat Schule diesem Vorschlag anschließen wird.

Folgende Termine werden vorgeschlagen:

- Rosenmontag 23.03.2009 Brauchtumstag
- Dienstag 24.02.2009 Karnevalsdienstag
- Freitag 22.05.2009 Brückentag nach Christi-Himmelfahrt
- Freitag 12.06.2009 Brückentag nach Fronleichnam

Leseförderung für Jungen...

...ein manchmal schwieriges Thema, denn nicht immer sind in Lesebüchern Themen zu finden, die das Interesse von Jungen wecken. Ganz anders die WAZ.

Dort gibt es eine Rubrik nur für Kinder, in der aktuelle Themen oft – nicht immer – verständlich dargestellt werden. Sehr häufig sind Themen dabei, die Kinder und auch besonders die Jungen ansprechen. Morgens schneide ich diesen Teil der WAZ aus und kopiere ihn für die Klasse, oder einzelne Schüler erhalten einen Teil oder den gesamten Artikel (je nach Fähigkeiten und Neigungen) und berichten dann am darauffolgenden Tag als „Klassenreporter“. Die besten Witze sammeln wir in den gelben Überraschungsei-Verpackungen für die Regenpause.

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/kindernachrichten.html>

Marion Appold

Auch für Pensionäre und Rentner GEW-Mitgliedsbeiträge absetzbar

Dass die Mitgliedsbeiträge zur GEW von der Einkommenssteuer absetzbar sind, ist bekannt. Denn dabei handelt es sich um „Werbungskosten“ – also um Aufwendungen zum Erhalt des Arbeitsplatzes.

Wie ist das aber bei den Rentnerinnen und Rentnern und den Pensionärinnen und Pensionären? Sie stehen doch nicht mehr im Arbeitsleben.

Die – erfreuliche – Antwort lautet: Sowohl im Bereich der Sozialversicherungsrenten als auch der Pensionen sind die Gewerkschaftsbeiträge steuerlich abzugsfähig. Falls doch bei der Einkommensteuererklärung Fragen

auftauchen sollten, empfehlen wir einen Verweis auf den Kommentar zur Einkommensteuer von Schmidt/Drenseck (zu EStG § 9 Rz 104). Demnach sind Beiträge zu Berufsverbänden (hierunter fallen auch die Beiträge zu Gewerkschaften) Werbungskosten. Da es sich bei den Pensionen um Einkünfte im Sinne des § 19 EStG handelt, ist § 9 EStG für die Werbungskosten uneingeschränkt anwendbar. Entsprechend ist ebenfalls bei den Sozialversicherungsrenten ein Werbungskostenabzug möglich.

Falls das Finanzamt anderer Meinung sein sollte, empfehlen wir, fristgerecht Widerspruch einzulegen

AR

Hallo „Erstwähler“!

Liebe Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter,

in diesem Sommer wählen Sie - genau wie Ihre Kolleginnen und Kollegen an den Schulen - den Personalrat. Wir, die GEW-Personalräte, fordern Sie auf, sich an der Wahl zum Personalrat für Förderschulen zu beteiligen, denn das hat gute Gründe!

Als Gewerkschafter setzen sich die GEW-Personalräte für Ihre spezifischen Interessen als Lehramtsanwärter ein.

Die GEW vertritt seit langem die Grundsätze nach einer praxisnahen Ausbildung, nach landesweit vergleichbaren Ausbildungsstandards und verlässlichen Ausbildungsbedingungen.

Als Personalräte bei den Bezirksregierungen sind wir am Seminar-Einweisungsverfahren beteiligt. Die GEW engagiert sich stark für die Optimierung des Seminar-Einweisungsverfahrens, mit dem Ziel, den Standortwünschen von Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern mehr entgegenzukommen.

Die GEW tritt dafür ein, dass der Bedarfsdeckende Unterricht (BdU) zurückgefahren wird auf ein für Ausbildung sinnvolles Maß, damit Sie die erforderliche Anleitung durch erfahrene Kolleginnen und Kollegen erhalten und gleichzeitig den Freiraum für eigene Unterrichtserfahrungen. Der BdU darf nicht länger als Mittel zur Selbstausbildung missbraucht werden.

Die GEW sagt, „Bildung ist MehrWert“! - somit auch Ihre Arbeit! Die GEW-Personalräte setzen sich immer wieder dafür ein, dass Ihre Tätigkeit angemessen entlohnt wird und Sie nicht durch die vielen BdU-Stunden ihre eigene Ausbildung finanzieren müssen.

Als Personalräte fordern wir Sie auf, beteiligen Sie sich an der Wahl zum Personalrat für Förderschulen! Geben Sie Ihre Stimme den Kandidatinnen der GEW!

Christiane Dunker

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Auflösung des örtlichen Personalrates im Förderschulbereich wird für die Lehrkräfte, speziell in einem Ballungsraum wie Gelsenkirchen, große Nachteile bringen.

Ich glaube, dieses sehr gut beurteilen zu können, da ich seit 1981 die Interessen der Lehrkräfte an Förderschulen in Gelsenkirchen als Personalrat vertrete und seit 1990 den örtlichen Personalrat in Gelsenkirchen als Vorsitzender leite.

Auch wenn der örtliche Personalrat in Gelsenkirchen abgeschafft wird, werden meine Kollegin Christiane Dunker, mein Kollege Detlef Seela und ich weiterhin die Rechte der Beschäftigten an den Förderschulen in Gelsenkirchen vertreten.

Die Landesregierung kann den örtlichen Personalrat abschaffen, unsere Solidarität und unseren Einsatz für die beschäftigten Lehrkräfte an den Förderschulen in Gelsenkirchen kann sie nicht mundtot machen.

Seit 4 Jahren bin ich Mitglied im Hauptpersonalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Förderschulen und seit einem Jahr dort tätig als stellvertretender Vorsitzender.

Ich bin bereit, diese Arbeit auch in den kommenden Jahren weiterzuführen.

Meine besonderen Arbeitsschwerpunkte für das nördliche Ruhrgebiet sind:

- Wir brauchen im Ruhrgebiet eine spezifische Absicherung der Lehrerversorgung. Eine Verteilung der Stellen nach dem Gießkannenprinzip kann nicht im Interesse der Lehrkräfte an den Förderschulen im Ruhrgebiet sein.
- Eine zusätzliche Lehrerversorgung nach dem Sozialindex, der für die Grund- und Hauptschulen erarbeitet worden ist, muss konsequent auch auf die Förderschulen übertragen werden.
- Steigende Anforderungen und Aufgabenzuschreibung von Seiten des Ministeriums müssen über zusätzliche Ressourcen abgedeckt werden und erfordern einen besonderen Arbeits- und Gesundheitsschutz für Lehrkräfte an den Förderschulen. Wir brauchen gesunde Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte.
- Als Lehrer an einer Förderschule Lernen ist für mich in meiner gewerkschaftlichen Arbeit immer auch der bildungspolitische Aspekt wichtig. Ich bewerte die bildungspolitischen Aktivitäten der Landesregierung sehr kritisch. Bildungspolitik ist immer auch Arbeitsplatzpolitik.

Meine Arbeit für die Schutzrechte der Beschäftigten im Förderschulbereich in Gelsenkirchen geht weiter.

Stärken Sie unsere Arbeit, wählen Sie GEW. Wir für Sie, Sie mit uns!

Gerd Weidemann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zurzeit bin ich Mitglied im BPR in Münster und stellvertretender Vorsitzender im örtlichen Personalrat in Gelsenkirchen. Unterrichtlich arbeite ich, abgeordnet von der Uhlenbrockschule, Förderschule Lernen, im Fördersystem an der Schemannstraße. Die bisherigen Personalratsstrukturen, insbesondere der Schulformen Haupt- und Sonderschulen, sind von der aktuellen Landesregierung massiv verschlechtert worden. Die untere, auf das Schulamt bezogene Ebene fällt gänzlich weg.

Der Bezirkspersonalrat in Münster wird zum neuen örtlichen Personalrat für alle Förderschulen und Schulen für Kranke im Regierungsbezirk Münster.

Für diesen, neu zu bildenden Personalrat kandidiere ich auf der Liste der GEW.

Ab dem neuen Schuljahr gibt es den örtlichen Personalrat in Gelsenkirchen nicht mehr als Ansprechpartner für Probleme, Fragen und Beratung. Diese Aufgabe muss dann der Personalrat in Münster für den ganzen Bezirk übernehmen.

Als Mitglied in diesem Personalrat stehe ich dann als lokaler Ansprechpartner zur Verfügung, erreichbar unter der Telefonnummer 02365 949628 und unter der Mail-Adresse DetSeel@online.de.

Schwerpunkte meiner Arbeit im Personalrat Förderschulen bei der Bezirksregierung Münster werden sein:

- Kontakt- und Beratungsneuaufbau für alle Kolleginnen und Kollegen an Förderschulen und Schule für Kranke in Gelsenkirchen
- Einbringen und Vertreten individueller Interessen der Kolleginnen und Kollegen an Gelsenkirchener Förderschulen
- Einbringen und Vertreten institutioneller Interessen Gelsenkirchener Förderschulen
- Arbeits- und Gesundheitsschutz
 - Lärmbelastung
 - Feinstaubbelastung
 - Psychosoziale Belastungen
 - Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)
 - Aggression
 - Konfliktbewältigung (Mobbing)
- Datenschutz

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit des Personalrates für Förderschulen in Münster wird sein, die Gesunde Schule auch für das Lehrpersonal durchzusetzen. Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit

und Gesundheit sollten selbstverständlicher Bestandteil von alltäglicher Schularbeit werden, trotz oder sogar wegen immer massiver werdenden psychosozialen Belastungen.

Detlef Seela

Wählen Sie GEW!

Listel 

Ihre Kandidaten für den Bezirkspersonalrat Gesamtschule

Rita Hundt-Meyring,
Gesamtschule Ückendorf,
z. Zt. stellv. Vorsitzende

Heinzbert Peeters
Gesamtschule Wulfen
z. Zt. Vorsitzender

In harten Zeiten brauchen wir starke Gewerkschaften!

Wir kennen die schwierigen Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer im Emscher-Lippe-Raum.

Wir setzen die Probleme in den Brennpunktschulen auf die Tagesordnung.

Wir fordern die Anerkennung und Unterstützung des Arbeitgebers für unsere Arbeit!

Wir fordern mehr personelle Ressourcen statt Zusatzaufgaben und Mehrarbeit!

Lehrerinnen und Lehrer brauchen die Fürsorge des Dienstherrn.

Wir bitten Sie: Nutzen Sie Ihre Stimme!

Wählen Sie GEW!

Listel 

Ihre Kandidaten für den HPR und BPR Gymnasien

Norbert Becker
An der Mühlenstege 2
45721 Haltern
02364-8590
Becker-Haltern@t-online.de

Torsten Menkhaus
Rhynerberg 38
59069 Hamm
02385-922574
Torsten-Menkhaus@gmx.de

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir bitten Sie: Helfen Sie mit, dass die GEW im Personalrat gestärkt wird. Die Landesregierung hat die Arbeitsmöglichkeiten der Personalräte geschwächt und gleichzeitig die Zahl der Personalratsmitglieder verringert. Wenn wir durch Ihre Wahl Stimmen dazu gewinnen, könnten wir trotzdem unsere bisherige Arbeit fortführen – vielleicht sogar intensiver und effektiver.

Wofür stehen wir?

Wir wollen eine andere Schule!

Eine Schule ohne

- Kopfnoten und ohne G 8-Stress für alle
- Zentrale Prüfungen und Testmarathon, ohne das geplante Einheitsabitur, das Schwerpunktbildung nicht mehr erlaubt
- soziale Selektion

Wir fordern eine Schule, in der LehrerInnen über genügend Zeit, genügend Ressourcen und tragfähige Perspektiven verfügen, um **mit** ihren SchülerInnen arbeiten zu können

Wir wollen andere Arbeitsbedingungen!

Wenn jetzt die Schülerzahlen zurückgehen,

- muss zuallererst der Entlastungsstopp verdoppelt werden!
Die Entlastung der mit Korrekturen Belasteten hat höchste Priorität!
- müssen Pflichtstunden wieder reduziert werden

Wir setzen uns ein für den Erhalt und die Stärkung des ZBW!

- Erhalt der Arbeitsplätze im ZBW durch Bestandsgarantie für ZBW-spezifische Fächer und Abitur-online
- Ressourcen für die Sprachförderung in der Abendrealschule
- Eigenständige Lehrpläne und Schulaufsicht
- Beibehaltung der Möglichkeit von halbjährlicher Aufnahme
- Aufbau eines erwachsenengerechten, neutralen Beratungsangebots

Norbert Becker Torsten Menkhaus

Ihr Kandidat für den Bezirkspersonalrat Berufskolleg

Anton Sehrbrock
Eduard-Spranger-Berufskolleg
Gelsenkirchen

Zwei Sprachen, zwei Welten

Von Tina Bucek

Am Dienstag diskutierte der Integrationsrat das Thema muttersprachlicher Unterricht. Während die Ev. Gesamtschule Bismarck das Fach abgeschafft hat, plädiert Claudia Benholz von der Uni Essen/ Duisburg für die Beibehaltung.

Muttersprachlicher Unterricht war am Dienstag beherrschendes Thema der Sitzung des Integrationsrates. Dabei trafen zwei unterschiedliche Standpunkte aufeinander. Während die Ev. Gesamtschule Bismarck den muttersprachlichen Unterricht abgeschafft hat, betonte Claudia Benholz von der Uni Essen/Duisburg die Notwendigkeit der Fortführung. „Wir haben den muttersprachlichen Unterricht nach einigem Zögern ganz bewusst abgeschafft“, sagt Schulleiter Harald Lehmann. „Nach zehn Jahren Erfahrung mussten wir feststellen, dass dieses Angebot keine Erfolge zeitigte.“

Die Schule startete Mitte der 90er Jahre zunächst mit muttersprachlichem Ergänzungsunterricht in Türkisch für die Sekundarstufe I. „Wir haben uns dann entschieden, Türkisch als Wahlpflichtfach in der siebten Klasse alternativ zu Latein und Französisch anzubieten.“ Das allerdings habe sich nicht ausgezahlt. „Wir mussten feststellen, dass sich Parallelwelten gebildet haben. Die türkischen Schüler haben auf dem Weg zum Unterricht und auch nachher nur unter sich gesprochen. Die deutsche Sprache blieb weitgehend auf der Strecke. Und auch der Austausch mit den deutschen Mitschülern.“

Hinzu kam ein zweites Phänomen: „Wir haben festgestellt, dass kaum ein türkischer Schüler, der in der siebten Klasse als Wahlpflichtfach Türkisch gewählt hat, den Sprung in die Oberstufe geschafft hat. Wenn sie scheitern, dann scheitern sie an der Sprache“, so Lehmann. Daran, dass sie komplexe Zusammenhänge in deutscher Sprache nicht verstehen bzw. darstellen könnten.

„Der Abbau des muttersprachlichen Unterrichts ist ein Fehler“, meint demgegenüber Claudia Benholz. Die Dozentin an der Universität Essen/ Duisburg beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema muttersprachlicher Unterricht und ist überzeugt: „Eine gute Kenntnis der Muttersprache ist der Schlüssel zur Integration.“ Sie diene der Identitätsbildung und sei Voraussetzung für die Ausprägung grundlegender sprachlicher Kompetenz.

Osman Duran, Vorsitzender des Integrationsrates, sieht den landesweiten Abbau des muttersprachlichen Unterrichtes kritisch, auch den an der Gesamtschule Bismarck. „Man muss türkischen Schülern die Möglichkeit geben, auch ihre Muttersprache zu lernen.“ Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder im Integrationsrat reagierte ähnlich.

WAZ GE, 25.02.2008

Angebote der Dokumentationsstätte „Gelsenkirchen im Nationalsozialismus“

Mittwoch, 30. April 2008, 19.30 Uhr

Olympia, Funker, Kanoniere

Der dokumentarische Film im „Dritten Reich“

Vortrag von Corinna Krombach, Gelsenkirchen, mit anschließender Diskussion

Aktuelle Geschichtssendungen, die den NS-Staat behandeln, werden häufig mit Ausschnitten der Wochenschau unterfüttert, welche die geistige Mobilmachung an der „Heimatfront“ leisten sollten. Szenen aus den abendfüllenden „heroischen Reportagen“, wie Olympia oder Triumph des Willens, dienen der Illustration des Führerkults, dem Ornament der Massen. Dabei bleibt häufig offen: Wie authentisch sind die Bilder? Was ist Inszenierung? Die Beispiele sind keine Phänomene, die im luftleeren Raum stehen. Der Kulturfilm wurde schon in der Weimarer Republik als neue Kunstform gepriesen, die Wochenschau war ein international beliebtes Format, zehn Minuten „Menschen, Tiere, Sensationen“ in die Kinos zu zaubern. Die aufrüttelnde Wirkung des Authentischen wurde im NS-Film jedoch politisch instrumentalisiert. Das Ausgangsmaterial

der gefilmten Realität wurde durch geschickte Einfügungen von Spielszenen, Tricktechnik und Off-Kommentare verändert. Die Strategien und Methoden wechselten dabei, je nach Propagandazweck und politischer Stimmungslage.

Der Vortrag lädt zu einer Auseinandersetzung mit dem Dokumentarfilm im „Dritten Reich“ ein. Verschiedene Filmbeispiele vermitteln einen Überblick zu diesem Themenfeld.

Mittwoch, 28. Mai 2008, 19.30 Uh

Die Hochverräter – Politischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Gelsenkirchen

Vortrag von Prof. Dr. Stefan Goch, Gelsenkirchen, mit anschließender Diskussion

Im „Dritten Reich“ verfolgten die Polizei- und Justizbehörden die politischen Gegner des nationalsozialistischen Regimes mit dem Vorwurf des Hochverrats. In rechtsförmigen Verfahren erfolgten nach polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungen Verurteilungen von Gelsenkirchener „Hochverrätern“ durch das in der Region für politische Strafverfahren zuständige Oberlandesgericht Hamm, in einigen Fällen auch durch den berüchtigten Volksgerichtshof. Aus dem Forschungsprojekt des Instituts für Stadtgeschichte zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus werden erste Erkenntnisse über die verurteilten „Hochverräter“ präsentiert: Wer waren sie? Was wollten sie? Was hatten sie gemacht? Was motivierte sie? Wie waren sie in die Verfolgungsmaschinerie geraten? Wie gingen die Verfolgungsbehörden vor? Wie verlief der Lebens- und Leidensweg der „Hochverräter“?

red.

Muslimische Gewalt

In der Diskussion um Jugendgewalt verschließen viele die Augen vor den harten Realitäten einer Einwanderungsgesellschaft. Ein Kommentar

Von Jürgen Krönig

Debatten um Jugendgewalt und Einwanderung verlaufen in Europa stets nach einem ähnlichen Strickmuster, gleich um welches Land es sich handelt. Die aktuelle deutsche Diskussion unterscheidet sich höchstens durch ein höheres Maß an Realitätsferne, das über großer Ängstlichkeit geschuldet sein könnte.

Jedenfalls konzentriert sich das linksliberale Milieu auf den Vorwurf des Populismus und verliert darüber leicht die Opfer der Gewalt aus dem Auge. Konservative Politiker dagegen gerieren sich, den nahen Wahltermin fest im Visier, mit starken Worten als Anwalt der schweigenden Mehrheit; dabei hätte Roland Koch wissen müssen, dass es keine einfachen Rezepte gibt. Zudem muss er sich fragen lassen, warum er nicht schon längst etwas unternommen hat gegen die Missstände, die ihm jetzt so auf den Nägeln brennen.

Differenziertere Stimmen verweisen darauf, es handele sich um kein Immigrations-, sondern ein Unterschichtenproblem. Was auch nur die halbe Wahrheit ist.

Eines immerhin sollte klar sein: Das Mantra von Arbeitslosigkeit, Armut und Diskriminierung als alleinige Erklärung für diverse erschreckende Phänomene – Gewalt und Aufruhr in Frankreichs Banlieus, die hohe Kriminalitätsrate unter türkischen Jugendlichen in Deutschland, Englands terrorwillige junge Muslime – greift nicht. Europa hat gut 50 Jahre Erfahrung mit Einwanderung hinter sich. Da lassen sich gewisse Erkenntnisse nicht länger leugnen.

Massenhafte Einwanderung, aus demografischen wie wirtschaftlichen Gründen bewusst gefördert, schafft nun einmal erhebliche Probleme, für die Einwanderer wie für die einheimische Bevölkerung. Wohin man auch schaut, ob nach Frankreich, Großbritannien oder Deutschland, die Integration allen voran der muslimischen Minoritäten erweist sich als außerordentlich schwierig. Der britische Historiker Timothy Garton Ash erinnerte dieser Tage an dieses gesamteuropäische Problem. Wobei er der Meinung ist, die Deutschen hätten Glück, da die meisten „ihrer Muslime“ aus einem „beinah europäischen“ Land wie der Türkei stammten; dem mag nicht jedermann beipflichten. Richtig ist, dass Frankreich und Spanien in aller Regel mit den Zuwanderern aus dem Magreb größere Probleme haben. Am schwersten aber, meint Ash, habe es sein Heimatland Großbritannien, dessen Muslime überwiegend aus Pakistan und Südostasien stammen.

Erfahrung lehrt, dass sich manche ethnische Gruppen offenkundig besser an liberale Demokratien und ihre Arbeits- wie hedonistisch getränkte Freizeitkultur anzupassen vermögen als andere Minderheiten. Im verhuschten, politisch korrekten Diskurs wird viel zu selten erörtert, ob nicht auch kulturelle wie religiöse Gründe die miserable sozioökonomische Stellung bestimmter Minoritäten erklären könnten.

Die Statistik jedenfalls spricht eine klare Sprache: Muslimische Einwanderer und ihre Sprösslinge sind in aller Regel ärmer, eher arbeitslos und schlechter ausgebildet als zum Beispiel Immigranten aus Indien oder anderen Ländern Asiens. In Frankreich, Deutschland wie Großbritannien leben fast 40 Prozent der muslimischen Bevölkerungsgruppen von Zuwendungen des Staates, anders als Chinesen oder Inder, unter denen Arbeitslosigkeit fast unbekannt ist.

Des Weiteren: Die weitverbreitete Praxis, muslimischen Frauen Erziehung und persönliche Entfaltung zu verweigern, trägt dazu bei, Armut zu perpetuieren. Im Westen hängt wirtschaftliches Wohlergehen, ob man das bedauert oder nicht, nun mal häufig von zwei Einkommen pro Familie ab. Und die Integration davon, ob auch die Frauen ihren Platz in der Gesellschaft und der Arbeitswelt finden.

Hinzu kommen Fehler und Versäumnisse aller Regierungen in Europa im Umgang mit den Migranten. Wobei es sich letztlich als zweitrangig erweist, ob man den Neuankömmlingen, wie in Großbritannien oder Frankreich, rasch den Bürgerstatus verlieh oder, wie in Deutschland, sie lange Zeit nur als „Gastarbeiter“ ansah: Es gab wenig Anstrengungen, die Einwanderer in die Gesellschaft einzugliedern. Stattdessen wurde unkontrollierte, grenzenlose Familienzusammenführung erlaubt, samt arrangierter Ehen und Perpetuierung der Sprachlosigkeit. Das trug alles dazu bei, die Integration zu erschweren.

Der jahrzehntelang überall in Europa verbreitete Multikulturalismus tat das Übrige. Man wollte Menschen aus anderen Kulturkreisen nichts „aufzwingen“, weder die Pflicht, Grundregeln und Gesetze der neuen Heimat zu achten, noch, sich um Sprachkenntnisse zu bemühen. Der Schaden, den diese verfehlte Politik anrichtete, ist groß und wird uns noch lange in Atem halten.

Es ist bezeichnend, dass es selbst in einem Land wie Großbritannien, in dem in aller Regel ein furchtloserer Diskurs gepflegt wird als in Deutschland, des Freimuts von Menschen mit Migrationshintergrund bedurfte (um die deutsche Floskel zu benutzen), harte Wahrheiten auszusprechen. Es war Trevor Philipps, Vorsitzender der einflussreichen Menschenrechtskommission, selbst aus der Karibik stammend, der das Scheitern des Multikulturalismus offen ansprach und ihn für „Gettoisierung“ und die Herausbildung von „Parallelgesellschaften“ verantwortlich machte. Es war Erzbischof Sentanamu, ein Einwanderer aus Afrika, der sich gegen den weitverbreiteten „moralischen Relativismus“ wandte und ein klares Bekenntnis zu den Werten der neuen Heimat als unerlässlichen Beitrag zur Integration verlangte.

In Deutschland wie Großbritannien wissen Polizei, Justizbehörden und Politiker seit langem, dass junge Menschen aus Immigrantenfamilien einen überproportional hohen Anteil an kriminellen Delikten begehen. Besonders hoch ist der Anteil bei den Gewalttaten und den sogenannten Intensivtätern. Diese gewaltbereiten Jugendlichen und jungen Männer, die in ihren Familien oft selbst Gewalt als normales Mittel des Umgangs erlebt haben, verstärken die Reihen der einheimischen Unterschicht, die auf die Normen der Mehrheitsgesellschaft pfeift und die zu allen Zeiten existiert hat – das Lumpenproletariat, wie Karl Marx es nannte. Es muss eine der Prioritäten der Gesellschaftspolitik sein, ihr Wachstum zu verhindern. Das verlangt die Verzahnung von Einwanderungs-, Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik.

Eine Voraussetzung für das Gelingen ist, die Augen nicht vor den Realitäten zu verschließen. Die Gesamtzahl der Verbrechen mag zuletzt in Deutschland wie Großbritannien gefallen sein. Aber die Gewalttaten, vor allem verübt von Jugendlichen, nehmen zu, ob in Deutschland, den Niederlanden oder Großbritannien. Junge Männer mit Migrationshintergrund stellen den Löwenanteil der Täter.

Ursachen dafür gibt's viele: die sozio-ökonomische Lage, Bildungsferne, eine gewaltgetränkte Medien- und Unterhaltungskultur, prügelnde Väter, eine Machokultur gerade unter jungen Muslimen, gemischt mit sexueller Frustration und Hass auf die westliche Gesellschaft, der von extremen Islamisten für ihre Zwecke genutzt wird.(...)

Es handelt sich um ein Problem, das sich tief eingebettet hat in der politischen Kultur Europas. Es wird enormer, schmerzlicher Anstrengung bedürfen, die notwendige gesellschaftliche Reparatur zu

bewerkstelligen. Dabei wird der Staat eine zwar wichtige, doch letztlich nur begrenzte Rolle spielen können. Mehr Sozialarbeiter allein sind sicher nicht die Lösung. Vor allem müssen ideologische Scheuklappen abgelegt werden, die Debatten um Law and Order wie Einwanderung erschweren.

ZEIT online 03/2008

Informationen

Beihilfe und Erstattung von Medikamenten

Nichterstattung teilweise rechtswidrig?

Gerichte sehen es manchmal anders als die Behörden. Jetzt hat auch das Verwaltungsgericht Düsseldorf (vorher schon zwei andere Gerichte) am 18. Januar 2008 (AZ 26 K 4566/07) nach der Klage eines Betroffenen entschieden: Ärztlich verordnete und medizinisch notwendige Medikamente sind beihilfefähig und müssen erstattet werden.

Nach der Beihilfeverordnung sind die notwendigen und angemessenen Aufwendungen beihilfefähig. Darauf bezieht sich das Gericht und argumentiert folgendermaßen:

„Die Verschreibungspflichtigkeit bestimmter Medikamente knüpft aber nicht an die Beihilferechtlichen Begriffe der Notwendigkeit und der Angemessenheit, sondern allein an deren Gefährlichkeit an. Stoffe mit einem bestimmten Gefährdungspotential sollen nicht frei gehandelt werden dürfen; an den Verbraucher dürfen sie deshalb nicht ohne ärztliche Freigabe (Verschreibung) abgegeben werden. Ob Aufwendungen beihilferechtlich notwendig sind, richtet sich jedoch danach, ob sie medizinisch geboten sind, was sich wiederum in aller Regel nach der Beurteilung des behandelnden Arztes richtet.“

Leider ist das Urteil noch nicht rechtskräftig und es ist damit zu rechnen, dass das Land NRW in die Berufung geht.

Unser Tipp:

Erfolgt keine Erstattung von nicht verschreibungspflichtigen Medikamenten, dann Widerspruch einlegen. Damit sichert man sich seine Ansprüche.

GEW-Mitglieder können für ein Klageverfahren Rechtsschutz beantragen.

red.

✉ - Leserbrief - ✉ - Leserbrief - ✉

Lieber Karl-Heinz,

wieder einmal besten Dank für die Zusendung der Zeitung eures Stadtverbands.

Die Beiträge sind – wie immer – recht informativ und hätten mich fast den Sieg „meines“ VfL in Bremen versäumen lassen.

Im Zusammenhang mit euren Artikeln zu den „Ausländer“-Themen möchte ich auf die deutsche Übersetzung eines Buches hinweisen, das ich zwar selbst noch nicht lesen konnte, weil es erst in diesen Tagen erscheint. Es beschäftigt sich mit der Situation islamischer Jugendlicher in Holland und ist aus der praktischen Arbeit mit diesen entstanden:

Margalith KLEIJWEGT - „Schaut endlich hin!“

Wie Gewalt entsteht; Herder-Verlag

Bis bald mal wieder.

Dein Eberhard HEIDE

Schaut endlich hin! Wie Gewalt entsteht – Bericht aus der Welt junger Immigranten.

Um die Lebensumstände von jungen Immigranten zu erhellen, hat die Stiftung die Veröffentlichung des Buches im Herder-Verlag unterstützt und die Übersetzung aus dem Niederländischen ermöglicht. In dem Pionierwerk mit dem Originaltitel „Unsichtbare Eltern. Das Stadtviertel von Mohammed Bouyeri“ (erschienen 2005) der niederländischen Journalistin Margalith Kleijwegt, berichten Eltern türkischer, marokkanischer und surinamischer Herkunft von ihrer Überforderung und Ohnmacht, ihren Kindern eine geglückte Schul- und Berufsausbildung zu ermöglichen – Erfahrungen, die sich mit großer Wahrscheinlichkeit auf Deutschland übertragen lassen.

Das Zeitalter der Menschenrechte Ist Toleranz durchsetzbar?

Dieses Buch ist neu in der Büchergilde Gutenberg erschienen. Der Verfasser ist Norberto Bobbio, Jahrgang 1909. Bobbio gilt als der bedeutendste politische Philosoph Italiens.

Er lehrte über vierzig Jahre politische und Rechtsphilosophie an der Universität Turin. Dort lebt er noch heute als Senator der Italienischen Republik auf Lebenszeit.

Das Hauptwerk Norberto Bobbios behandelt in vier Teilen die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens: die Entwicklung der Menschenrechte von der philosophischen Theorie zum angewandten Recht; er wirft einen geschichtsphilosophischen Blick auf die Menschenrechte und fragt, wohin sich die Menschheit bewegt; er untersucht die soziale Dynamik in der Menschenrechtsentwicklung, und er analysiert den Begriff der Toleranz. Was unterscheidet Toleranz von Gleichgültigkeit? Wie geht man mit Intoleranz um? Was bedeutet dies konkret für das Zusammenleben unterschiedlicher Religionen und verschiedener politischer Anschauungen?

Norberto Bobbio hebt hervor, dass die Forderung nach Menschenrechten erst vor einigen Jahrzehnten universalen Charakter annahm und eine der fundamentalsten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts darstellt. Angesichts der unübersehbaren Menschenrechtsverletzungen in vielen Teilen der Welt bietet Bobbios wichtiges und glänzend geschriebenes Buch gedankliche und argumentative Hilfe für eine Veränderung.

Noch als Außenminister hat Joschka Fischer das Vorwort zu diesem Band geschrieben. Darin heißt es:

„Das Hauptwerk des bedeutendsten politischen Philosophen Italiens über die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens, über die Menschenrechte, deren Geschichte, Gegenwart und Zukunft. Ein wichtiges und höchst aktuelles Buch.“

Die Durchsetzung und Beachtung der Menschenrechte auf unserer Welt bleibt völlig unzureichend. (...) Aus moralisch-ethischen wie aus politischen Gründen kommt der Durchsetzung der Menschenrechte in einer sich globalisierenden Welt des 21. Jahrhunderts ganz entscheidende Bedeutung zu. *Joschka Fischer*“

Karl-Heinz Mrosek

Werkstatt Fleischkäse

Die pädagogische Legitimierung der jeweiligen Aufgabenstellung ist kursiv dargestellt.

1. Entscheide Dich zuerst, ob Du den Fleischkäse zeichnen, beschreiben, essen oder jemandem schenken willst. (*Individualisierungsphase*)
2. Halte ein Stück Fleischkäse nahe an Dein Ohr. Berichte uns dann, was Du hörst. (*audio-kognitives Verbalisieren*)
3. Zähle die Löchlein auf Deinem Fleischkäse. (*additiv.kalkulatorisches Zahlenverständnis festigen, Follow-up der Mathematisierungswerkstatt. „Natürliche Zahlen von 1 bis 100 in der konventionellen Reihenfolge ordnen“*)
4. Schließe die Augen und versuche, zuerst durch Tasten, dann durch Riechen zu erkennen, was sonst noch auf Deinem Teller liegt. Halte das Ergebnis schriftlich fest. (*Selbstbeurteilung der taktilen und nasalen Imaginationskompetenz*)
5. Plane selber eine Exkursion in den Garten mit dem Ziel, zwei kleine Ästchen zu beschaffen. Führe diese Exkursion aus. In einer nächsten Phase versuchst Du dann, nach Art der Chinesen den Fleischkäse zu essen. Formuliere dann Deine Erfahrungen in einem Bericht. (*Multikulturalisierungsentention*)
6. Falte eine Scheibe Fleischkäse zweimal und schneide daraus einen Scherenschnitt. (*Simulation einer manuellen Werkstatt*)
7. Lege je eine Portion Fleischkäse an die Sonne und an den Schatten. Beobachte eine Stunde lang genau. Liste Deine Beobachtungen in einer tabellarischen Darstellung auf. Welche Gesetzmäßigkeiten kannst Du feststellen? (*Hermeneutisches Prinzip*)
8. Schneide aus einer dünnen Scheibe Fleischkäse einen Kreisring, wobei $r = 7$ mm und $R = 60$ mm sei. Falls Du nun die dazu verbrauchte Menge Fleischkäse berechnen möchtest, benötigst Du die Formel $A = \pi (R^2 - r^2)$. Die Dichte von Fleischkäse ist 1.234. Wenn Du aber lieber mit dem Computer arbeitest, schiebe die Scheibe Fleischkäse in das CD-Rom-Laufwerk. Versuche dann, alle mit dem Suchwort „Fleischkäse“ bei „Yuhee!“ gefundenen Einträge auf die Scheibe zu brennen. (*Virtualisieren von Realien*)
9. Überlege, warum es wohl Fleischkäse und nicht Käsefleisch heißt. (*Fächerübergreifendes Moment*)
10. Informiere Dich in der Klasse, wer eine Hauskatze und wer ein Zwergkaninchen besitzt. Lege nun zuerst einer Katze, dann einem Kaninchen das Stück Fleischkäse vor. Berichte vom unterschiedlichen Verhalten des Karnivoren (Katze) und des Herbivoren (Kaninchen). Informiere Dich nun weiter in der Klasse, wer Vegetarier ist. Wiederhole dann den Versuch, indem Du das Stück Fleischkäse zuerst der/dem fleischfressenden, dann der/dem fleischverachtenden Kameradin / Kameraden vorsetzt. Lässt sich eine Analogie finden? (*antromorphistischer Behaviorismus*)
11. Verstecke den Fleischkäse irgendwo im Gruppenraum. Rufe dann „Where is the beefcheese?“ Ist ein Unterschied im Verhalten derjenigen festzustellen, die in einem teuren Lernstudio das Frühenglisch besucht haben? (*Aktive Immersion Transfer*)
12. Nimm Deinem Nachbarn unbemerkt den Fleischkäse vom Teller und ersetze ihn durch Deinen rechten Schuh. Beschreibe die Reaktion. Notiere, was er sagt. (*Get together Feldexperiment*)
13. Stecke Deine Gabel in den Fleischkäse. Miss nun mit dem Geodreieck den Einstichwinkel und vergleiche mit Deinen Kameraden. Ist ein signifikanter Unterschied zwischen Rechts- und Linkshänder festzustellen? (*psychologisierende Geometrisierungsfähigkeit*)
14. Iss fünf Kilo Fleischkäse. Arbeite nun, wenn Du ein Mädchen bist, mit einem Jungen, oder wenn Du ein Junge bist, mit einem Mädchen zusammen. Versuche so herauszufinden, ob dem Schwein, bevor es zu Fleischkäse wurde, männliche oder weibliche Hormone verfüttert worden waren. (*Praktizierter Sexualkundeunterricht*)
15. Stelle das Fleischkäse-Essen pantomimisch dar. (*Identifikationsmöglichkeit im Rollenspiel*)
16. Beobachte genau, wie Dein Gegenüber isst. Schildere in kurzen Sätzen. Vermeide Wörter wie schmatzen, rülpsen, reinhauen, schlingen, schlürfen, vollschlagen oder gar fressen, weil diese Deine Kameradin oder Deinen Kameraden verletzen könnten. (*Einführung der Political Correctness*)
17. Stelle einen Text mit dem Titel „Ich bin ein Fleischkäse“ her. (*Follow-up der Alphabetisierungswerkstatt „Buchstaben sicher erkennen“*)

Die Primadonna ist nicht schuld

Auf der ganzen musikalischen Welt hat sich durchgesetzt, Opern in der Originalsprache aufzuführen und die Übersetzung in „Übertiteln“ darzubieten. Es ist für den Opernliebhaber sehr erfreulich, wenn er „Don Giovanni“ in italienischer Sprache oder „Boris Godunow“ auf Russisch hört, aber trotzdem mitbekommt, was auf der Bühne geschieht. Manche Opernhäuser – so auch das Festspielhaus in Baden-Baden - bieten bei Aufführungen der Werke von Richard Wagner sowohl den deutschen Text als auch die englische Übersetzung an.

Dass auch Aufführungen in der eigenen Muttersprache unverständlich sind, liegt auch an den Sängerinnen und Sängern, ganz besonders den Sopranistinnen in hoher Lage. Die Unverständlichkeit liegt nicht an einer nachlässigen Lautbildung, es sind vor allem anatomische und akustische Gründe. Das haben jetzt australische Physiker nachgewiesen: Beim Singen seien für alle Vokale charakteristische Einstellungen des Stimmapparats erforderlich.

Je höher der Ton, desto schwieriger sei es, Luftröhre, Kehlkopf, Lippen, Gaumen und Zunge auf den jeweiligen Vokal einzustellen, damit er sich von anderen Lauten deutlich unterscheidet. Wenn beispielsweise eine Sopranistin in extremer Höhe das Wort Hund oder Hand sänge, seien beide Wörter nicht voneinander zu unterscheiden. Denn um in einer solchen Tonhöhe eine Unterscheidung herzustellen, müsste der Stimmapparat in einer Weise benutzt werden, dass der Klang Schaden nähme oder die Darstellung anatomisch nicht möglich wäre. Ganz besonders betroffen seien die Vokale A und U, die einen sehr weit geöffneten Mund beziehungsweise extrem gerundete Lippen erforderten.

Der französische Komponist Hector Berlioz empfahl schon vor mehr als 100 Jahren, in einer Oper die entscheidenden Inhalte nicht von einer Sopranstimme in hoher Lage singen zu lassen. Sein Rat erfuhr jetzt durch die Arbeit der australischen Wissenschaftler eine Bestätigung.

A. Moll

Eine Veröffentlichung der GEW – Nr. 4-2007

Harald Martenstein

hat etwas gegen Teamwork

In den Stellenanzeigen heißt es, man soll „teamfähig“ sein. Ich bin nicht teamfähig. Diese Kolumne im Team zu schreiben, wäre mir unmöglich. Das Wort Teamfähigkeit halte ich für Bullshit, den Inhalt des Wortes für einen historischen Irrtum. Ich kenne Teamarbeit von der Uni. Später habe ich zwei- oder dreimal Artikel zu zweit verfasst. Dies waren anstrengende psychodynamische Prozesse mit belanglosem Ergebnis. Teamwork ist Ausbeutung der Gutmütigen durch Ungutmütige. Es gibt in der Gruppe nämlich immer Leute, die arbeiten und andere, die sich schmarotzerhaft dranhängen. Ich habe, nur, damit das klar ist, an der Uni zur zweiten Kategorie gehört. Teamwork ist Vergeudung von Arbeitskraft. Bei der Bewältigung der unvermeidlichen psychologischen Verwerfungen, bei der Verteilung der Aufgaben in der Gruppe und beim Austausch von Informationen, kurz, mit diesem ganzen Organisationsscheiß geht eine Menge Zeit, Energie und geistige Kraft verloren, die ansonsten der eigentlichen Arbeit zugute käme. Teamwork zerstört Originalität, Kreativität und Qualität. In der Gruppe führen nämlich immer die Labertaschen das Wort. Dies sind aber nicht unbedingt diejenigen, die von der zu lösenden Aufgabe am meisten verstehen. Die sind vielleicht schüchtern und schweigen. Teamwork heißt: Alle Macht den Labertaschen. Teamwork heißt, dass soziale Kompetenz die Fachkompetenz unterdrückt. Neue Ideen klingen immer seltsam oder sogar verboten, es erfordert Mut, sie beim ersten Mal auch nur zu denken. Die Gruppe übt aber eine nivellierende Wirkung aus, ein Ergebnis, auf das eine ganze Gruppe sich einigen kann, wird immer Mainstream sein. Kein Team der Welt könnte im Teamwork die Relativitätstheorie erfinden, Amerika entdecken oder die *Buddenbrooks* schreiben. Dass man sich austauscht, die Ergebnisse der eigenen Arbeiten mit anderen diskutiert oder in einer Gruppe mit klaren Zuständigkeiten eine Teilarbeit übernimmt, verstehe ich natürlich nicht unter „Teamwork“. Unter Teamwork verstehe ich, dass es keine klare Verantwortlichkeit gibt.

Teamwork – der Mythos des 21. Jahrhunderts. Dann ist mir beim Nachdenken aufgefallen, dass es im Nationalsozialismus meines Wissens kein Teamwork gegeben hat. Hitler war, als Person, gewiss nur begrenzt teamfähig, auch in der Theorie war er kein Freund des Teamworks. Mehr noch, er war eher ein Gegner davon. Mit anderen Worten, ich könnte jetzt ohne weiteres den Satz schreiben: „Im Nationalsozialismus ist vieles sehr schlecht gewesen, aber einiges auch sehr gut, zum Beispiel die Ablehnung des Teamworks.“ Dies gäbe aber in sämtlichen Medien eine große Aufregung, die ich den Redakteuren, zu denen ich im Laufe der Zeit doch eine Art väterliche Zuneidung entwickelt habe, ersparen möchte.

In der Zeitschrift *Merkur* habe ich einen Aufsatz des Medientheoretikers Norbert Bolz gefunden. Er enthält den Satz: „Teamwork ist ein Euphemismus dafür, dass die anderen die Arbeit tun.“ Die 1933 aus Deutschland vertriebene Denkerin Hannah Arendt hat geschrieben: „*There can be hardly anything more alien or destructive to workmanship than teamwork*“, das heißt, Teamwork macht alles Gute kaputt. Die Tatsache, dass so unterschiedliche Personen wie Hannah Arendt, Norbert Bolz, Adolf Hitler und ich in der Frage des Teamworks exakt einer Ansicht zu sein scheinen, hat mich in einer solchen Weise erschreckt, dass ich das Ende der mir zugemessenen Zeilenzahl mit großer Erleichterung zur Kenntnis nehme.

Zu hören unter www.zeit.de/audio

Übergangsregelung für den Kindergeldbezug

Der von den Gewerkschaften mit Nachdruck erhobene Forderung einer Übergangsregelung infolge der Herabsetzung der Höchstaltersgrenzen für den Kindergeldbezug wurde entsprochen. Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 ist die Höchstdauer für den Bezug von Kindergeld vom 27. auf das 25. Lebensjahr gesenkt worden. Die Berücksichtigungsfähigkeit für Kinder endet demnach bereits mit Vollendung des 25. Lebensjahres. Nach der Übergangsregelung gelten Kinder, die im Wintersemester 2006/2007 an einer Hochschule oder Fachhochschule eingeschrieben waren, längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres als berücksichtigungsfähige Angehörige.

red.

Kinderarmut überwinden – Zukunft gewinnen

Dramatische Kinderarmutszahlen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, der Sozialraumstruktur und des nicht abgeschlossenen Strukturwandels erfordern einen „**Masterplan Bildung für das Ruhrgebiet**“. Erfolgreiche Bekämpfung von Kinderarmut und Bildungsversagen bedeutet und erfordert eine sozial- und bildungspolitisch aufeinander abgestimmte Initiative mit folgenden Komponenten:

- Mahlzeiten / warme Mahlzeiten
- Schulbedarf / Lernmittelfreiheit
- Kleidung
- Wohn- / Familiensituation
- Direkte / indirekte Finanzierung

- Hohe Kinderarmutszahlen
- Bildungsreserven
- Bevölkerung: älter, bunter, weniger / Modellregion Ruhr
- Qualifikationen der Arbeitskräfte (Fachkräftemangel)
- Gerechtigkeitslücke
- Zukunftsfähigkeit Ruhrkommunen
- Bildungsagentur / Vernetzung / Synergie /

- **Grundbedürfnisse:** Es liegen zahlreiche Vorschläge von Sozialverbänden vor, wie die **materiellen Grundbedürfnisse armer Kinder** kurzfristig in ausreichendem Maße abzusichern sind.

- Intervention / Repression - Frühförderung
- Vererbte Armut / Bildungsarmut
- Mangelhafte Integration
- Erziehungsfähigkeit / Vernachlässigung
- Säuglingssterblichkeit
- Frühwarnsystem / U1 – U.../ Gesundheit (körperlich + seelisch)
- Mediale Verwahrlosung
- Anregungsarmut / Motivationsmängel
- Mangelernährung
- Bewegungsarmut
- Verzögerte Sprachentwicklung
- „Risikokinder“ (PISA)
- Süchte
- Jugendgewalt / Kriminalität / Erziehungscamps
- Rechtsextreme Jugendliche
- Frühschwangerschaften
- Ausbildungsfähigkeit
- Studienanfängerquote / Zahl der Studienabschlüsse

- Problemzonen / Armutsinseln / Prekäre Stadtteile / sozial gefährdete Stadtteile / soziale Brennpunkte
- Soziale Selektivität des Bildungswesens
- Bildungsregion in kommunaler Verantwortung
- Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf
- Sozialindex / Kleinraumborschung / Bildungsmonitoring

- Nachhaltigkeit + Verstetigung
- Kitas / Familienzentren / Grundschulen / gebundener Ganzttag / Jugendhilfeeinrichtungen
- Kooperation Kita-GS / Bildungshaus
- Niederschwellige Elternberatung
- Elternbildung
- Kinderärzte / Hebammen / Sozialpädagogen / Therapeuten / Personalschlüssel/
- Qualifizierung der Fachkräfte

- **Prävention:** Es bedarf eines zügigen Paradigmenwechsel hin zu umfassender Prävention („Bildung von null bis zehn“) für **Kinder in Armutslagen**. Der Grundstein für positive (Bildungs-) Biografien wird zweifellos in den ersten Lebensjahren gelegt.
- **Ausstattung / sozialräumliche Vernetzung:** In den **Sozialräumen mit hohen Armutsquoten** der Kommunen sind die **pädagogischen Einrichtungen** zur umfassenden Präventionsarbeit zu befähigen, indem sie aufgabengerecht ausgestattet werden (prioritäre Mittelzuweisung). Verarme Kinder und ihre Familien benötigen vielfältige und differenzierte Unterstützung in einer **vernetzten Hilfestruktur der Stadtteilakteure und der kommunalen Dienste**.

- Kinderarmut z.T. von Politik verursacht (Hartz IV)
- Passivität der Politik (Frühförderung „als Aschenputtel“)
- Fiktion der Elternverantwortung in zahlreichen Fällen

- Politische Querschnittsaufgabe
- Stadtteilkonferenz bzw. –management / Sozialraumkoordination
- Vernetzung
- Unterstützungssysteme
- Ehrenamtliches / bürgerschaftliches Engagement

- „Bildungsgeiz“ in Deutschland (öffentliche Hand)
- Nachsorge wird finanziert, Vorsorge kaum
- Direkte und indirekte Leistungen für Familien mit Kindern
- Elternanteil in D an frühkindlicher Bildung hoch im Vergleich zu anderen Staaten
- Föderale Finanzierungsfalle
- Steuersystem
- Vergleich Steigerung Sozial- und Bildungsausgaben
- Schwache Bildungspolitiker
- (Beispiel Essen-Katernberg, Prävention rechnet sich)

- **Gemeinschaftliche Finanzierung:** Der **Elementar- und Primarbereich ist in Deutschland im Vergleich mit anderen Industriestaaten chronisch unterfinanziert**. (Besonders betroffen sind hier Kommunen mit Nothaushalten.) Maßnahmen in Einrichtungen für Bildung von null bis zehn sind nachhaltig von Land und Bund mit zu finanzieren.

Auf dieser Basis macht die GEW vorläufig nur einen konkreten Vorschlag, nämlich für die **Grundschule** in Stadtteilen mit hohen Armutsquoten: Ermöglichung des **Ganztags in gebundener Form**.

Die Verantwortlichen in Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik werden seit Jahren von Fachleuten über Kinderarmut und Bildungsmangel informiert. Es gibt kein Erkenntnis-, sondern einzig und allein ein **Handlungsdefizit**.

Zur Karikatur verweisen wir auf das Flussdiagramm „Kinderarmut überwinden – Zukunft gewinnen“ der AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet (Diskussionsstand: März 2008).

GEW: Die ethnische, demografische und soziale Segregation in vielen Stadtteilen des Ruhrgebietes kann von Schulen und Kindertageseinrichtungen allein nicht bewältigt werden.

„Wir investieren zurzeit fast alles in die Nachsorge. In einen Sozialstaat, der versucht, die Kinder aus dem Brunnen zu fischen, in den er sie hat fallen lassen.“

Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin.

„Die zentralen Weichen für die gesamte weitere Bildungsbiografie werden bis zum 6. Lebensjahr gestellt. Die möglichen Effekte frühzeitiger pädagogischer Intervention sind in dieser Altersspanne am größten“.

Prof. Dr. Stefan Sell, Bildungsfinanzierung – Finanzströme zwischen Bund, Ländern und Kommunen überprüfen.

„Der **Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf** innerhalb des föderalen Systems ist im Grundsatz unbestritten. Es bedarf großer Anstrengungen und **integrierter Konzepte von Seiten des Bundes, der Länder und der Kommunen.**“

Studie „Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder als zukunftsweisende Aufgabe einer vorsorgenden Gesellschaftspolitik“.

„Die politischen Reaktionen auf drängende Probleme von Kindern sind gekennzeichnet von Einzelaktionen, vorgeblichen Patentlösungen, Restriktionsandrohungen gegen Eltern und Installation immer neuer Modellprojekte. Bund, Länder und Gemeinden müssen **integrierte Hilfeleistungen vielfältigster Art aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich** aus einer Hand anbieten. *Deutscher Kinderschutzbund.*

„Schule gelingt besser, wenn sie auf **verlässliche Unterstützungssysteme** zurückgreifen kann. Die konsequente Umsetzung des Prinzips 'Fördern und Fordern' an jeder Schule setzt entsprechende personelle, sächliche und wissenschaftliche Bedingungen voraus. Die Kultusministerinnen und Kultusminister werden deshalb auf eine Verbesserung der notwendigen Rahmenbedingungen und insbesondere auf eine angemessene Lehrerversorgung drängen.“

Fördern und Fordern - Gemeinsame Erklärung der Bildungs- und Lehrgewerkschaften und der Kultusministerkonferenz 2006.

Alfons Kunze

Neue Broschüre der Bezirksregierung Münster zum Thema „ ... Mobbing verhindern“

Konflikte bearbeiten – Mobbing verhindern ... auf dem Weg zum gesunden Arbeitsplatz Schule

Die Schulabteilung der Bezirksregierung Münster hat in einer Arbeitsgruppe gemeinsam mit Arbeitsmedizinern, Personalräten, Schwerbehindertenvertretern und der Landesunfallkasse NRW nach etwa 2-jähriger Arbeit eine 56-seitige Handreichung zu dem Thema „**Konflikte bearbeiten – Mobbing verhindern**“ veröffentlicht.

Anfang des Jahres ist diese Broschüre in einer Auflage von 3 Stück an jede Schule im Regierungsbezirk verschickt worden. In einem Anschreiben bittet der Abteilungsleiter der Schulabteilung, Herr R. Aldejohann, dass dieses Problemfeld in einer der nächsten Schulleiterdienstbesprechungen zu diskutieren sei. Gleichzeitig regt er an, das Thema „Mobbing“ mithilfe der Handreichung in einer Lehrerkonferenz zu besprechen, um so das Kollegium zu informieren und zu sensibilisieren.

Ich habe persönlich über viele Sitzungen in dieser Arbeitsgruppe mitgearbeitet und bin etwas enttäuscht darüber, wie wenig Feed-back es auf diese Handreichung gibt.

Falls Sie an Ihrer Schule noch nicht über dieses Thema geredet haben, oder falls Sie diese Broschüre noch nicht zu Gesicht bekommen haben, fragen Sie Ihren Schulleiter danach.
Sie finden das Heft auch als Download auf der Internetseite der Bezirksregierung Münster.

Ich schließe mich da ganz den Worten unseres Abteilungsleiters an, wenn er sagt:
„Wir können in der Schule Konflikte und Mobbing gegen Lehrkräfte nicht ignorieren, jeder kann jederzeit in Mobbingprozesse involviert werden. Wir müssen uns der Problematik stellen und überlegt, sorgsam und nachhaltig damit umgehen. In Fachkreisen ist die Korrelation zwischen Lehrergesundheit und Qualitätsentwicklung unbestritten. Ich würde mich freuen, wenn diese Handreichung dazu einen Beitrag in Ihrer Schule leisten kann.“

Ich bin gerne bereit, in Konferenzen die Problematik, die hier aufgegriffen wird, zu verdeutlichen.

Karl-Heinz Mrosek

GEW-Geschäftsstelle:

Essener Straße 88

45899 Gelsenkirchen

Tel.: 0209 / 51 37 59

Fax: 0209 / 51 42 07

Öffnungszeiten:

Montag und Donnerstag

von 09.00 Uhr - 12.00 Uhr

Dienstag und Mittwoch

von 15.00 Uhr - 18.00 Uhr

Homepage: www.gew-gelsenkirchen.de

e-mail: gew-ge@gmx.de

GEW im Bezirk Münster

Informationsveranstaltung für Tarifbeschäftigte

Die Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten im Bund und in den Kommunen sind abgeschlossen. Hier wurden Maßstäbe gesetzt für die Tarifaueinandersetzungen auf Länderebene in 2009.

Wir laden alle Tarifbeschäftigten herzlich zu einer Informationsveranstaltung ein, in der wir über die aktuelle tarifpolitische Situation und über Perspektiven diskutieren wollen. Nicht zuletzt dient diese Veranstaltung der frühzeitigen Vorbereitung der Tarifaueinandersetzungen um den TVL im nächsten Jahr.

Zeit: 06.05.2008

Ort: Barbarahaus, 48249 Dülmen, Kapellenweg

Tagesordnung:

1. Tarifpolitische Situation im öffentlichen Dienst
2. Tarifrunde im kommunalen Bereich (TVÖD)
3. Vorbereitung der Tarifrunde 2009 für den Länderbereich (TVL)
4. Fragen zur Eingruppierung
5. Forderungen der GEW zum Leistungsentgelt
6. Verschiedenes

Es diskutieren und informieren:

- Cetin Mogultay, Landesangestelltenausschuss der GEW NRW
- die stellvertr. Landesvorsitzende Doro Schäfer

Eingeladen sind auch verbeamtete Kolleginnen und Kollegen, denn tarifliche Regelungen wirken sich auch auf den Beamtenbereich aus. Zudem bedarf es in den kommenden Tarifrunden dringend der **Beamtensolidarität**.

Hans-Jürgen Evers Heinz-Rüdiger Kühn Karl-Heinz Mrosek
Leitungsteam GEW Bezirksausschuss Münster

Der Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an **Grund- und Hauptschulen beim Schulamt für die Stadt Gelsenkirchen**

lädt ein zur

Personalversammlung 2008

Dienstag, 27. Mai 2008, 13.30 Uhr

Aula der Gerhart-Hauptmann-Realschule,
Mühlbachstraße 3, Gelsenkirchen-Erle

Thema:

Wie wird es weitergehen ab 01.07.2008 mit der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung für Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Hauptschulen?

Der Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an **Förderschulen beim Schulamt für die Stadt Gelsenkirchen**

lädt ein zur

Personalversammlung 2008

Donnerstag, 29. Mai 2008, 13.30 Uhr

Förderschule Bergmannsglückstraße

Thema:

Neugliederung der Personalratsarbeit